

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 23. Oktober 2001

Nr. 1114

Interpellation

**Interpellation Veronica Hälg-Büchi und Christine Bölsterli-Wickart betreffend
„Wie legt die Stadt ihre Gelder an?“, schriftliche Beantwortung**

Am 21. August 2001 reichten Christine Bölsterli-Wickart und Veronica Hälg-Büchi und 42 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner die beiliegende Interpellation ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1. Im Bereich des *allgemeinen Haushaltes* hat die Stadt – abgesehen von der kurzfristigen Mittelbewirtschaftung - keine Anlagemöglichkeiten, da sie insgesamt nicht Gläubigerin, sondern Schuldnerin ist. Im Bereich des Finanzvermögens ist die Stadt lediglich an der Parkgarage AG, einigen Wohnbaugenossenschaften und - aus historischen Gründen – an der SAir-Group beteiligt (vgl. Rechnung 2000, S. 170). Darüber hinaus ist sie über das Verwaltungsvermögen an zahlreichen Privatbahnen, Wohnbaugenossenschaften oder anderen Institutionen beteiligt, welche eine öffentliche Aufgabe wahrnehmen (vgl. Rechnung 2000, S. 194). Angesichts einer Nettoverschuldung von 179 Millionen Franken (Ende 2000) stellt sich somit die Frage einer Anlagepolitik für die Stadt nicht.

Zum *allgemeinen Haushalt* gehören auch die städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen, also namentlich die Wohn-, Geschäfts- und Landwirtschaftsgebäude. Die Stadt verfolgt bei diesen Liegenschaften neben den finanziellen Zielsetzungen vor allem Ziele politischer Art: Der Grundbesitz der Stadt im Finanzvermögen wird zwar nach finanziellen Kriterien bewirtschaftet, einbezogen werden aber auch soziale, kulturelle, städtebauliche, ökologische und andere Aspekte im öffentlichen Interesse. Damit werden die in der Interpellation ange-



sprochenen ethischen Komponenten bei der Anlagepolitik der städtischen Liegenschaften mitberücksichtigt.

2. Anlagen im Sinne der Interpellation werden lediglich im Bereich der *Versicherungskasse* getätigt. Dabei handelt es sich allerdings nicht um städtische Mittel, sondern um die Altersguthaben der städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die Grundsätze der Vermögensverwaltung richten sich nach Bundesrecht. Gemäss Art. 71 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge verwalten die Vorsorgeeinrichtungen „ihr Vermögen so, dass Sicherheit und genügender Ertrag der Anlagen, eine angemessene Verteilung der Risiken sowie die Deckung des voraussehbaren Bedarfes an flüssigen Mitteln gewährleistet sind.“ Für die Vermögensverwaltung und damit auch für die Anlagepolitik ist nicht der Stadtrat zuständig, sondern die Verwaltungskommission der Versicherungskasse bzw. der Anlageausschuss. In diesen Gremien wurden die aufgeworfenen Fragen verschiedentlich diskutiert.

Dabei zeigten sich sehr rasch die komplexen Fragestellungen, die mit der Klassierung von Aktien durch sogenannte „grüne Fonds“ verbunden sind. Diese benoten ihre Anlagekandidaten mittels einem Punktsystem nach der Umweltverträglichkeit ihrer Produktion und Produkte und ihrer ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit. So sind im Swissca Green Invest (einem Fonds der Kantonalbanken) beispielsweise Gesellschaften wie IBM, Dell Computer, Henkel, Swisscom, L'Oréal, Unilever, Holderbank, CS Group, Philips usw. enthalten. Es sind mehrheitlich die gleichen global tätigen Gesellschaften, in welche die Versicherungskasse mit Direktanlagen investiert hat. Anlässlich dieser Diskussionen wurde festgestellt, dass die Versicherungskasse rund 15 % ihrer Aktien in Gesellschaften investiert hatte, die diesen Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass die Versicherungskasse die Verwaltung eines Teils ihres Aktienbestandes (alle Aktien in fremden Währungen) erst kürzlich ausgelagert und damit bewusst Anlageentscheide delegiert hat.

3. Die in der Anfrage aufgeworfenen Fragen - und insbesondere auch die hohe Unterschriftenzahl - weisen darauf hin, dass die Grundfragen des heutigen Finanzsystems zunehmend eine breite Öffentlichkeit interessieren. Der Stadtrat hat erst kürzlich die Aktion 2001 der beiden kirchlichen Hilfswerke „Fastenopfer“ und „Brot für Alle“ unter dem Titel „Neue Noten



braucht das Geld“ unterstützt. In dieser Aktion wird auf informative Weise die Rolle des Geldes in unserer Wirtschaft dargestellt und ein „neuer Umgang“ mit dem Geld skizziert. Folgende Überlegung war für den Stadtrat dabei wegleitend: „Das Geld spielt in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle, indem es einerseits als Tauschmittel viele Prozesse erleichtert. Andererseits zeigen die Vorgänge auf den Finanzmärkten immer deutlicher, dass Geld weit mehr als blosses Tauschmittel und Wertmassstab ist und viele Vorgänge in unserer Gesellschaft steuert und beeinflusst. Ein ‚bewusster‘ Umgang mit Geld wird für die Entwicklung der Gesellschaft deshalb entscheidend sein.“

Der Stadtrat hat einerseits also Verständnis für die in der Interpellation aufgeworfenen Fragen, andererseits sind die Handlungsmöglichkeiten der Stadt sehr begrenzt.

Der Stadtpräsident:

Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage: Interpellation

